



# Der Rechtspfleger-Kurier

*Aktuelles*

vom  
Verband Bayerischer Rechtspfleger e.V.

Ausgabe V/2022

Jahrgang 55

## Die Themen

- ▶ Peter Hofmann verabschiedet sich in den Ruhestand (S.1/2)
- ▶ Staatshaushalt 2023 im Fokus (S. 3/4)
- ▶ Im Gespräch mit Staatsminister Georg Eisenreich (S. 5)
- ▶ Die Kommissionen des Bundes Deutscher Rechtspfleger (S. 6)

## Kurz und knapp:

- ▶ **Die BBB Nachrichten online lesen über die BBB Nachrichten App!**  
Über den Link [www.bbb-nachrichten.de](http://www.bbb-nachrichten.de) können Sie sich registrieren – kein Download, keine Installation erforderlich.
- ▶ Rechtspolitische Fachtagung des BDR in **Bad Boll**:  
Wann? 16. bis 18. November 2022.  
Hier geht's zum [Programm](#) und zur [Anmeldung](#).

## Peter Hofmann verabschiedet sich in den Ruhestand

Am 27. Juli 2022 wurde Peter Hofmann als Leiter der Landesjustizkasse Bamberg durch Ministerialdirigent Heinz-Peter Mair offiziell in den Ruhestand verabschiedet. Der Präsident des OLG Bamberg, Lothar Schmitt, würdigte dabei seine außerordentlichen Verdienste und Mair stellte in seiner Festrede heraus: "Mit Ihrer Fachkompetenz und Ihrem großen Engagement haben Sie die Landesjustizkasse Bamberg maßgeblich geprägt. Sie sind ein hochengagierter Behördenleiter und stets ein Vorbild für andere."

Dem kann sich der Verband Bayerischer Rechtspfleger nur anschließen. Viel mehr noch möchten wir an dieser Stelle das außergewöhnliche Engagement, mit dem Peter Hofmann sich für unseren gesamten Berufsstand über Jahrzehnte hinweg eingesetzt hat, anerkennen und uns bei ihm sehr, sehr herzlich bedanken.

Viele Jahre war er für den Verband Bayerischer Rechtspfleger auf Bezirks- und Landesebene aktiv. Über eine Dekade hinweg hat er als Landesvorsitzender das Verbandsleben und das Berufsbild der Rechtspfleger\*innen geprägt. Er hat darüber hinaus sein Wissen und seine Erfahrungen zum Wohle aller Kolleg\*innen in den Personalvertretungen eingebracht, insbesondere im Hauptpersonalrat beim Bayerischen Staatsministerium in München. Dabei hat der Bamberger manchmal bestimmt mehr Zeit im Zug als zu Hause auf dem Sofa verbracht. Mit seiner ruhigen und sachlichen Art ist er allen, die mit ihm in Berührung gekommen sind, Vorbild und in bester Erinnerung. Bei allen Lösungsansätzen und anstehenden Entscheidungen hat er stets Einfühlungsvermögen und das nötige Fingerspitzengefühl gezeigt, um die betroffenen Personengruppen und Menschen wahrzunehmen.



v.r. Peter Hofmann, Claudia Kammermeier

Herzlichen Dank, lieber Peter, was du in den vergangenen Jahren nicht nur für die Bayerische Justiz, sondern auch für uns Rechtspfleger\*innen und für den Verband Bayerischer Rechtspfleger e. V. geleistet hast! Wir wünschen Dir von ganzem Herzen jetzt genug Zeit für Deine große Familie, aber auch für Dich selbst, für große und kleine Reisen und für Vieles, für was in den letzten Jahren einfach die Zeit zu kurz war. Wir hoffen aber auch, dass Du uns mit Rat und Tat erhalten bleibst.

*Der Vorstand*

*stellvertretend für den Verband Bayerischer Rechtspfleger e. V.*

### **Zum beruflichen Werdegang von Peter Hofmann:**

Hofmann begann seine Laufbahn in der bayerischen Justiz 1978 als Rechtspflegeranwärter. 1981 nahm er seine Tätigkeit als Rechtspfleger am Amtsgericht Haßfurt bei der Zweigstelle Ebern auf. 1984 wechselte er an die damalige Oberjustizkasse Bamberg, die spätere Landesjustizkasse. 1986 erfolgte ein weiterer Wechsel an die Gerichtsabteilung des Oberlandesgerichts Bamberg. Frühzeitig engagierte er sich im Bereich der Ausbildung der Nachwuchskräfte zunächst als nebenamtliche Lehrkraft. 1987 wurde er zum hauptamtlichen Ausbildungsleiter für Justizassistentenanwärter und 1988 für Rechtspflegeranwärter ernannt. 1999 wechselte er als Geschäftsleiter zur Staatsanwaltschaft Bamberg. 2008 wurde er zur Landesjustizkasse Bamberg versetzt. Dort war er als Leiter des Sachgebiets Buchführung und Vertreter des Kassenleiters tätig, bevor er im Jahr 2018 zum Leiter der Landesjustizkasse Bamberg ernannt wurde.

## Staatshaushalt 2023 im Fokus – die Vorsitzende berichtet

Täglich grüßt das Murmeltier – oder jährlich grüßt die Haushaltseingabe. Auch für den Staatshaushalt 2023 hat der Verband Bayerischer Rechtspfleger eine Eingabe verfasst (Link zur Homepage: [hier klicken](#)) und an die Landtagsfraktionen sowie drei wichtige Ausschüsse übermittelt.

In der Folge fanden Gespräche mit den politischen Entscheidungsträgern statt. Bei diesen versuchten die Vorstandsmitglieder die Anliegen und Forderungen des Verbandes zu veranschaulichen und mit Daten und Fakten zu überzeugen. Die Vorsitzende, Claudia Kammermeier, gibt einen Überblick über den Verlauf der diesjährigen Gespräche:

Zunächst erhielten wir Rückmeldung von MdL Josef Zellmeier, CSU, dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses mit einem Gesprächsangebot, das wir für den 30. Juni vereinbart haben.

Das erste Gespräch führten wir aber schon am 28. Juni mit Mitgliedern des Arbeitskreises Staat und Recht der Freien Wählern, nämlich mit MdL RA Bernhard Pohl, MdL Wolfgang Hauber, MdL Alexander Hold und MdL Gerald Pittner.

Nach der gegenseitigen Vorstellung durfte zunächst ich meine Anliegen vortragen. Gerald Pittner, der früher als Richter an einem kleinen Amtsgericht tätig war, bestätigte meine Darstellung der Personalsituation im Rechtspflegerbereich vollumfänglich. Wir stießen dort auf großes Verständnis für unsere Forderung nach 100 zusätzlichen Rechtspflegerstellen und die Zusage, dass uns die Fraktion der Freien Wähler bei 100 zusätzlichen Stellen jährlich unterstützen werde.

Das nächste Treffen fand mit MdL Horst Arnold, Sprecher für Recht und Verfassung der SPD-Fraktion statt. Arnold verwies auf die Unterstützung der SPD auch in den vergangenen Jahren und versprach, dies auch weiterhin zu tun.

An dem mit MdL Josef Zellmeier, Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Bayerischen Landtags, vereinbarten Termin nahm daneben der Fraktionsvorsitzende der CSU, MdL Thomas Kreuzer, teil. Beiden konnten wir unsere Personalnot anschaulich schildern. Insbesondere das Projekt „Datenbankgrundbuch“ und der damit verbundene erhebliche Personalmehrbedarf stießen auf offene Ohren.



*v.r.: Thomas Kreuzer, Claudia Kammermeier, Josef Zellmeier, Stefanie Stoll*

Kurze Zeit später besuchten wir den Partei- und Fraktionsvorsitzenden der FDP, MdL Martin Hagen. Wir stellten die große Bedeutung der Rechtspfleger für einen gut funktionierenden Wirtschaftsstandort dar und die große Gefahr, wenn es in unserem Bereich zu Engpässen und Verzögerungen kommt. Auch Hagen zeigte Sympathie für unsere Anliegen und sicherte seine Unterstützung zu.

Unser nächster Gesprächspartner war unser Staatsminister Georg Eisenreich. Siehe hierzu den gesonderten Bericht auf Seite 5.



*v.l.: Wolfgang Fackler, Petra Guttenberger, Claudia Kammermeier, Werner Felkl*

Den Abschluss der Haushaltsgespräche bildete der Austausch mit MdL Petra Guttenberger, Vorsitzende des Rechtsausschusses und MdL Wolfgang Fackler, Vorsitzender des Ausschusses für den öffentlichen Dienst. Auch hier konnten wir unsere Sorgen an den Mann und die Frau bringen. Wolfgang Fackler resümierte, dass unsere Einstellungszahlen unbedingt erhöht werden müssten.

In allen Unterhaltungen ist es uns gelungen, unsere Sorgen anschaulicher anzubringen, als das mit einer schriftlichen Eingabe möglich ist. Und auch die Darstellung der Bedeutung des Rechtspflegers für einen funktionierenden Rechtsstaat, aber auch für eine erfolgreiche bayerische Wirtschaft ist in einem Gespräch eindrucksvoller als nur auf dem Papier.

Verfasserin\*in: Claudia Kammermeier

## Im Gespräch mit Staatsminister Georg Eisenreich

Am 20. Juli 2022 hat sich der Vorstand des Verbands Bayerischer Rechtspfleger zu einem sehr offenen und konstruktiven Gespräch mit Staatsminister Georg Eisenreich getroffen. Dabei bedankte sich der Justizminister bei allen Rechtspfleger\*innen für die engagierte Arbeit.



*v. l.: Staatsminister Georg Eisenreich, Sabine Küm meth, Christine Hofstetter, Claudia Kammermeier, Werner Felkl, Jonas Neuhäuser*

Wir fordern 100 zusätzliche Stellen im Rechtspflegerbereich, da diese bereits jetzt fehlen und wir weitere, arbeitsintensive Aufgaben bewältigen müssen. So wird z. B. durch die wirtschaftliche Entwicklung der Arbeitsumfang im gesamten Bereich der Zwangsvollstreckung inklusive Insolvenz massiv zunehmen. Daneben wird durch die Betreuungsrechtsreform der Arbeitsaufwand am Betreuungsgericht, aber auch am Familien- und Nachlassgericht ansteigen. Eisenreich sagte zu, sich intensiv für mehr Rechtspflegerstellen in den Haushaltsverhandlungen einsetzen zu wollen.

Neben unserer Haushaltseingabe haben wir auch die Nachwuchsgewinnung und die e-Akte in Rechtspflegerverfahren diskutiert. Unser Dank geht an den Justizminister für die Unterstützung bei der neuen Dienstvereinbarung zum Thema Homeoffice, mit der die Justiz ein ganzes Stück moderner und für Mitarbeiter\*innen attraktiver wird. Diesbezüglich auftretende Probleme werden wir unmittelbar mit dem Justizministerium besprechen.

Der Staatsminister befürchtet trotz aller Bemühungen, zukünftig nicht mehr genug Personal für alle Arbeiten zu bekommen und bat um Mitteilung von Einsparpotential im Sinne von überflüssigen Arbeiten oder Strukturen.

Wir bedanken uns herzlich für das informative und positive Gespräch!

Verfasser\*in: Claudia Kammermeier

## Was machen eigentlich die Kommissionen des BDR? – Eva Schütt berichtet aus dem Fachbereich Nachlass

Das Präsidium des Bundes Deutscher Rechtspfleger (BDR) bestellt für verschiedene Bereiche Kommissionen. In diesen werden fachliche Themen diskutiert und Stellungnahmen für den Verband vorbereitet.

Am 10. August 2022 fanden die Mitglieder der Kommission Nachlass nach einer längeren coronabedingten Pause wieder zusammen, diesmal am Amtsgericht Fulda. Neben Eva Schütt, Rechtspflegerin am Nachlassgericht in Regensburg, die seit 2017 zum Mitglied der Kommission Nachlass bestellt ist, waren Vertreterinnen aus Berlin, Niedersachsen und Hessen anwesend.

Fachlich erörtert wurden aktuelle Fragestellungen zu § 14 b FamFG, u. a. ob beurkundete Erbscheinsanträge und Ausschlagungserklärungen formwährend elektronisch oder postalisch beim Nachlassgericht eingehen müssen. Anschließend hat die Kommission einen Vorschlag bezüglich der Zuständigkeitsregelungen wieder aufgegriffen: Seit 17.08.2015 stellt das FamFG für die örtliche Zuständigkeit auf den gewöhnlichen Aufenthalt des Erblassers im Zeitpunkt seines Todes ab. Bei der Bestimmung des letzten gewöhnlichen Aufenthalts zeigen sich immer wieder Probleme. In der Folge ist es in der Praxis fast unvermeidbar, dass ggf. mehrere Gerichte tätig werden oder von Gerichten falsche Auskünfte erteilt werden. Die nach altem Recht auch erfüllte Funktion des AG Schöneberg in Berlin, Doppelzuständigkeiten zu vermeiden, indem alle Verfahren erst einmal dort zu beantragen waren, ist durch die neue Zuständigkeitsregelung entfallen. Insgesamt ist die Situation unbefriedigend. Die Kommission Nachlass hält es für dringend erforderlich Schritte einzuleiten, um Doppelzuständigkeiten zu vermeiden. Jedes Gericht sollte klar feststellen können, ob sich bereits ein anderes Gericht mit der Sache befasst hat. Um dies zu erreichen, wurden seit dem ersten Treffen im Januar 2017 Ideen entwickelt und diskutiert. In der jüngsten Sitzung wurden die nächsten Schritte zur Weiterentwicklung eines von der Kommission favorisierten Vorschlags zu einer Registrierung im ZTR besprochen, die dem Präsidium empfohlen werden sollen.

Schlussendlich haben die Mitglieder der Kommission besprochen, ob das derzeit geltende Ehegattenerbrecht noch zeitgemäß ist. Es wird in Erwägung gezogen, Änderungsvorschläge hierzu zu erarbeiten. Aber dies ist ein Thema für die Zukunft.

Zukunft ist ein gutes Stichwort. Nach dem Rechtspflegertag im September 2022 in Berlin wird das Präsidium die Mitglieder der Kommissionen neu berufen. Wenn Sie Interesse haben, in einer der Kommissionen mitzuarbeiten, teilen Sie dies gerne mit Angabe, für welchen Fachbereich Sie zur Verfügung stehen, dem Landesvorstand mit. Bedenken Sie, dass neben den fachlichen Diskussionen in den Kommissionen die Treffen und der Austausch über die eigene Bundeslandgrenze hinweg immer wieder bereichernd für die Kommissionsmitglieder ist. Es ist spannend zu erfahren, was in anderen Bundesländern (auch) nicht klappt oder vielleicht besser funktioniert und gemeinsam an Problemlösungen zu arbeiten.

Verfasser\*in: Eva Schütt

**Herausgeber:**

Verband Bayerischer Rechtspfleger e.V., 80097 München;

Email: rpfl.bayern@t-online.de

Weitere Informationen und aktuelle Meldungen unter <http://rechtspfleger-bayern.de>

Vorsitzende: Claudia Kammermeier, Rosenheim,

Schriftleiterin u. verantwortlich für den Inhalt: Kerstin Seidl,

Amtsgericht Cham, Kirchplatz 13, 93413 Cham (derzeit in Elternzeit)

Mit Namen unterzeichnete Artikel, Stellungnahmen, Leserbriefe etc. werden unter alleiniger Verantwortung des Unterzeichners veröffentlicht und geben grundsätzlich nur dessen Auffassung wieder. Ihre Veröffentlichung beinhaltet nicht, dass sich Herausgeber oder Schriftleitung die darin enthaltenen Tatsachenbehauptungen zu Eigen machen oder die darin geäußerten Meinungen teilen.